

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 37 (2018)
Heft: 71

Artikel: Das katalanische Labyrinth
Autor: Herzog, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-781021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das katalanische Labyrinth

In Spanien ist seit einiger Zeit viel in Bewegung: In unzähligen Demonstrationen und Mobilisierungen, die seit 2011 noch verstärkt vorkommen, machen sich zahlreiche soziale Bewegungen lautstark bemerkbar. Beispielsweise wurde am 8. März 2018, dem internationalen Frauentag, von vielen Frauenorganisationen zum Streik, dem «huelga feminista», aufgerufen. Der Streik wurde auch von den grossen Gewerkschaften unterstützt. Mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen war die Beteiligung gross und führte zu einem überwältigenden Erfolg. Auch die Pensionierten setzen sich mit vielen Mobilisierungen für die dringend notwendige Erhöhung ihrer Renten ein. Hielt man sich in diesem Frühjahr in Katalonien auf, so fielen die zahllosen katalanischen Flaggen und die gelben Solidaritätsschleifen auf, die den Inhaftierten gelten; je nach politischem Lager als «politische Gefangene» oder als «gefangene Politiker» bezeichnet. Auf öffentlichen Plätzen hängen Banderolen mit der kontrafaktischen Verkündung der Republik («som república»), an Rathhäusern sind Transparente befestigt, die «Freiheit für die politischen Gefangenen» verlangen. Entsprechend wurden auch die Auseinandersetzungen auf der Strasse heftiger. Die spanische Justiz hat ein extremes, juristisch stark umstrittenes und sehr autoritäres Vorgehen gegenüber der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung eingeschlagen. Die politische Situation ist indessen blockiert und die Gesellschaft tief gespalten.

Die Verhältnisse in Katalonien beherrschen seit einigen Jahren die spanische und verschiedentlich sogar die europäische politische Agenda. Sie sind von vielen Konflikten geprägt, die nicht zuletzt durch die seit 2007 andauernde kapitalistische Krise ausgelöst wurden: In ganz Spanien verschärften sich die ohnehin schon ausgeprägte Erwerbslosigkeit und die politischen Probleme. Die Folgen sind diverse Bewegungen, höchst unterschiedliche Vorschläge, chaotische Strategien, sprunghafte Taktiken, kompromisslose Abgrenzungen und verdeckte Auseinandersetzungen. Die Situation lässt sich mit dem Bild von einem extrem zerklüfteten und unübersichtlichen politisch-sozialen Labyrinth mit unzähligen Sackgassen und höchstwahrscheinlich nur wenigen Ausgängen beschreiben. Seit letztem Herbst haben sich die Auseinandersetzungen um die Autonomie ausserordentlich zugespitzt. Die Konflikte eskalierten, weil eine schmale Mehrheit im Parlament in Barcelona eine Unabhängigkeit erzwingen wollte.

Die Verfassung von 1978 und das aktuelle katalanische Autonomiestatut genügen beinahe der Hälfte der Bevölkerung nicht mehr. Verlangt werden Reformen, mehr Autonomie und nicht zuletzt das Recht, über die Zukunft eigenständig entscheiden zu können. Dies ist jedoch verfassungsmässig nicht vorgesehen. Die territoriale Einheit Spaniens gilt als oberster Verfassungsgrundsatz; die Krone ist Symbol dieser Einheit und der König Staatsoberhaupt. In dieser parlamentarischen Monarchie existieren allerdings wegen des bis 2014 weitgehend dominanten Zweiparteiensystems eklatante Repräsentationsprobleme. Zahlreiche ExponentInnen der Parteien haben sich zudem in Korruptionsprozessen zu verantworten. Die Parteien liefern sich in dieser Situation vornehmlich einen verbalen Schlagabtausch und gehen die vielen drängenden Problemlagen weder an, noch versuchen sie, sie zu lösen.

Historischer Hintergrund in Katalonien

Der Beginn einer eigenständigen katalanischen Geschichte wird häufig auf das Jahr 878 gelegt, als Vifredo el Velloso beziehungsweise Guifré el Pilós (Wilfried der Haarige) eine gräfliche Dynastie gründete, die «*dinastia condal de Catalunya*». In der Zeitspanne von 1413 bis 2017 versuchte sich die Region auf zwölf unterschiedliche Vorgehensweisen von Spanien loszulösen (Tamames 2018, 188ff.). So blieb eine gewisse Eigenständigkeit Kataloniens in all diesen Jahrhunderten bestehen und konnte weder politisch noch militärisch eliminiert werden.

Zweifelloos war der katalanische Nationalismus oder der politische Katalanismus bereits im 19. Jahrhundert transversal organisiert. Es fanden sich Konservative, Liberale und Demokraten bis zur aufkommenden ArbeiterInnenbewegung zusammen. Bis heute handelt es sich um eine zivilgesellschaftliche und kulturelle Bewegung, die einen spanischen Zentralismus ablehnt, zu einem Bruch mit dem spanischen Staat bereit ist und die Gründung einer unabhängigen Republik zum Ziel hat. Allerdings variierten Stärke und Radikalität der Bewegung markant. Esquerra Republicana de Catalunya (ERC), die Linksnationalisten, waren in den 1930er-Jahren neben den AnarchistInnen bestimmend. 1931 und 1934 wurde eine katalanische Republik als Teilstaat einer iberischen Föderation beziehungsweise ein «Katalanischer Staat der föderalen Republik Spanien» ausgerufen. Die erste Proklamation führte ab 1932 zu weitgehenden Autonomierechten; nach der zweiten wurde bereits am darauffolgenden Tag das Kriebsrecht über Katalonien verhängt und schliesslich eine Militärregierung eingesetzt. 1936 begann der spanische Bürgerkrieg zwischen republikanischen und faschistischen Kräften. Als Francos faschistische Truppen zwei Jahre später auch in Katalonien eindrangen, wurde jegliche Autonomie abgeschafft und die Demokratie während langen 27 Jahren vollständig unterdrückt. Hinrichtungen, Konzentrationslager und Massenemigration waren die Folgen.

Diese Vergangenheit scheint 43 Jahre nach dem Tod von Franco, mit dem auch in Spanien eine neue Epoche anfang, abgeschlossen zu sein. Dennoch nimmt der katalanische Nationalismus immer wieder darauf oder auf noch frühere Ereignisse Bezug, was er generell mit imaginierten Nationalismen (Anderson 1988) teilt. Vermehrt, aber auch leichtfertig, wird heute in Diskussionen von UnabhängigkeitsbefürworterInnen z. B. Spanien als faschistisch bezeichnet.

Zu diesen Erinnerungen an die Vergangenheit kommt die innerspanische Migration hinzu, die ebenfalls ein problematisches Erbe darstellt. In Katalonien leben einheimische und zugewanderte Communitys nach wie vor mehr oder weniger getrennt nebeneinander (Mendoza 2017, 35). ImmigrantInnen werden als Menschen betrachtet, die «nicht so sind wie wir». Als billige Arbeitskräfte sind sie aber willkommen und einsetzbar. Diskriminierungen zeigen sich immer wieder, obwohl diese heute weniger gravierend ausfallen. Viele Töchter und Söhne aus andalusischen Familien erinnern sich an zahlreiche Episoden der Abwertung und Ausgrenzung. So wurde letzten Sommer an der Costa Brava eine Asturianerin von einem Katalanen als «Ausländerin» beschimpft. Auch dies gehört zu der vielfältig zerrissenen Gesellschaft Kataloniens.

Die ungenügende und unvollendete Transition

Der Übergang zu liberaldemokratischen Verhältnissen wurde mit einer parlamentarischen Monarchie in der neuen Verfassung von 1978 verankert. Diese Verfassung erhielt auch in Katalonien hohe Zustimmung, übte jedoch auf die vielen republikanisch eingestellten KatalanInnen nur eine beschränkte Anziehungskraft aus.

Die ersten freien Wahlen in Katalonien von 1980 gewann die konservativ-nationalistische *Convergència i Unió* (CiU). Damit begann die bis 2003 andauernde Präsidentschaft von Jordi Pujol. Von 1989 bis 2013 kam es im katalanischen Parlament zu acht Deklarationen für die nationale Selbstbestimmung eines politisch und juristisch souveränen katalanischen Volkes (Tamames 2017, 295ff.). Pujol veranlasste überdies die Ausarbeitung eines strategischen Programms der Rekatalanisierung (*El Periódico de Catalunya*, 28.10.1990). Das Programm versteht Katalonien als sich herausbildende europäische Nation, die wegen der Unterdrückung durch den Zentralstaat ihr kulturelles und ökonomisches Potenzial nicht frei entwickeln kann. Die spanische Verfassung hält dagegen in ihrem Artikel 2 die «unauflösliche Einheit der spanischen Nation» und gleichzeitig die Gewährleistung eines Rechts «auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen» fest.

Katalonien ist eine dieser Nationalitäten. Rechte und Beziehungen zwischen Spanien und Katalonien regelt ein Autonomiestatut. Das erste stammte aus dem Jahre 1979. Da die Sozialisten (PSOE) in Spanien die Wahlen von 2004 gewonnen hatten, danach aber auf die Unterstützung katalanischer Abgeordneter ange-

wiesen waren, verbesserte Zapatero als Ministerpräsident (2004 bis 2011) die Autonomiebestimmungen. Die so erreichten Zugeständnisse wurden von der konservativen Opposition, dem Partido Popular (PP), heftig kritisiert. In der parlamentarischen Beratung kam es dann zu abgeschwächten Bestimmungen, denen sowohl das Parlament in Madrid als auch dasjenige in Barcelona zustimmten. In einem Referendum sprachen sich 2006 schliesslich auch die katalanischen Stimmberechtigten mit klarer Mehrheit dafür aus. Dies aber bei bescheidener Stimmbeteiligung. Dennoch wurde das neue Autonomiestatut 2010 auf Betreiben der PP vom spanischen Verfassungsgericht teilweise als ungültig erklärt. Nach Ansicht vieler KatalanInnen wurden damals die Hoffnungen auf mehr Autonomie endgültig begraben.

Im sogenannten Procés ging es in Katalonien in der Folge um ein strategisches Projekt zur Unabhängigkeit von Spanien. Es kam zu einem Aufschwung von Parteien und Bewegungen, die sich vehement gegen den spanischen Staat, die Madrider Dominanz und insbesondere gegen die PP-Regierung Rajoys aussprachen. Schritt für Schritt bildeten sich zwei Lager heraus: die KonstitutionalistInnen (SozialistInnen/PSC, Konservative/PPC und Ciutadans/Cs) und die SezessionistInnen (heute Junts per Catalunya/JxCat, ERC/Esquerra Republicana de Catalunya und die antikapitalistische CUP/Candidatura de Unidad Popular). Dazwischen bewegt sich Comú-Podem, eine Bewegung empörter junger Leute, die sich seit dem 15. Mai 2011 für sofortige und echte Demokratie einsetzt und sich als katalanische Verbündete von Podemos versteht.

Die sezessionistischen katalanischen Parteien erhielten in den letzten drei Wahlen eine Mehrheit der Parlamentssitze, aber keine Mehrheit bei den Abstimmenden. Auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Unabhängigkeit, Assemblea Nacional Catalana (ANC) und Òmnium Cultural, können nicht als «Volksbewegung» bezeichnet werden, denn ihre Mitglieder entstammen vornehmlich dem «oberen Mittelstand» (Hau 2017, 14). Gemäss Umfragen treten jedoch bis zu achtzig Prozent der katalanischen Stimmberechtigten für ein «derecho a decidir» ein, für das Recht auf eine Abstimmung über die Zukunft Kataloniens. Das unterstützt vor allem auch Podemos nachhaltig.

Nach den Wahlen von 2015 beschloss die parlamentarische Mehrheit, innerhalb der kurzen Zeitspanne von achtzehn Monaten eine unabhängige katalanische Republik mittels Referendum umzusetzen. Als Extremfall wurde sogar eine einseitige Unabhängigkeitserklärung ins Auge gefasst. Diese abenteuerliche Strategie führte im Herbst 2017 zu mehr als nur theatralischen Höhepunkten, zweifellos aber zu einer weiteren Befeuerung der Konflikte. Rückblickend kann indessen kaum von einer «kalkulierten Eskalation» (Macher 2017) oder von einem Ruck nach links (siehe Zelik 2017) gesprochen werden. Vielmehr liegt eine Spirale von Unausweichlichkeiten vor, weil weder Kompromisse noch Verhandlungen zustande kamen. Das Bild zweier eingleisig aufeinander zufahrender Züge trifft diese Lage eher, vor allem wenn man sich vorstellt, die Lokführer hät-

ten eine Blende vor den Augen und höchst unterschiedliche Personen würden immer wieder ohne Sicht auf die Strecke die Geschwindigkeit manipulieren, getrieben von der Faszination des Tempowechsels und der Beschleunigung, ohne für den Zug Verantwortung übernehmen zu wollen.

Um sich dem Ziel weiter anzunähern, wurde von den Mehrheitsparteien in Katalonien juristisch bedenklich ein Gesetz für das Referendum verabschiedet, das vom obersten Verfassungsgericht umgehend für illegal und ungültig erklärt wurde. Die Zentralregierung war der Ansicht, dass keine Abstimmung stattfinden könne und daher nicht abgestimmt werden dürfe. Trotz eines Grossaufgebots der Guardia Civil, der es lediglich gelang, etwa 400 Wahllokale zu schliessen, beteiligten sich am 1. Oktober 2017 gut zwei Millionen Personen an diesem verfassungsmässig fragwürdigen Urnengang und stimmten mit riesengrossem Mehr für das Referendum. Die Stimmbeteiligung betrug lediglich 43 Prozent, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass praktisch ausschliesslich die AnhängerInnen der Unabhängigkeit abstimmten. Die secessionistischen Parteien interpretierten das unverbindliche Ergebnis als demokratisches und legitimes Mandat für die Unabhängigkeit, was jedoch als massiv überzogen und unreal bezeichnet werden muss. Zutreffend ist hingegen, dass die Unterstützung für die Unabhängigkeit Kataloniens in den letzten Jahren erheblich angewachsen ist. Dies führte aber gleichzeitig zu vertieften Spaltungen in der Gesellschaft, die weit in Familien und Freundschaften, ja sogar bis in den Sport hineinreichen.

Am 27. Oktober 2017 wurde im Parlament die einseitige Unabhängigkeit beschlossen – in geheimer Abstimmung und nach demonstrativem Verlassen des Saales von PSC, PPC und Cs. Gleichzeitig wurde sie aus taktischen Gründen wieder sistiert, womit diese Republik genau acht Sekunden andauerte. Damit nahm ein Geschehen mit vielen unbekannten Faktoren seinen Lauf. Die Regierung Rajoy rekurrierte erstmalig auf den nur vage ausformulierten Verfassungsartikel 155. Er ermöglicht Massnahmen zum Schutz der Allgemeinheit, sollte eine «Autonome Gemeinschaft» ihre von Verfassung und Gesetzen auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen oder mit ihrem «Verhalten einen schweren Verstoß gegen die allgemeinen Interessen Spaniens» bewirken. Rajoy sicherte sich die Unterstützung von PSOE und Cs, um den Artikel 155 anwenden zu können. Die katalanische Regierung mit Präsident Puigdemont wurde abgesetzt und das Parlament aufgelöst. Immerhin konnte sich die auf Unterstützung angewiesene Regierung nicht mit einer länger dauernden Entmachtung der autonomen Gremien durchsetzen, sondern musste möglichst schnell Neuwahlen ansetzen und eine Verfassungsreform in Aussicht stellen.

Die Parlamentswahl vom 21. Dezember 2017 brachte für die katalanischen Konservativen entgegen ihren Erwartungen ein katastrophales Ergebnis, und dies bei hoher Stimmbeteiligung. Am meisten Sitze entfielen auf die rechtsbürgerliche Cs. Die secessionistischen Parteien erhielten 47,7 Prozent der Parteistimmen und 70 von 135 Sitzen. Mit ihrer absoluten parlamentarischen Mehrheit

sind diese drei Parteien somit in der Lage, ihren «President» und ihr «Govern» zu wählen. Doch die Mehrheit ist nicht nur knapp, sondern auch von höchst unterschiedlichen Vorstellungen und spezifischen Sperrminoritäten beeinträchtigt. Weil die spanische Justiz einigen gewählten Abgeordneten, den ehemaligen Regierungsmitgliedern sowie den beiden Präsidenten von ANC und Òmnium das Schwerstdelikt «Rebellion» vorwarf, kam es zu Verhaftungen und zu Absetzungen ins Ausland wie auch zu diversen Rücktritten.

Zusammenfassend kann wegen der Agenda, innerhalb von achtzehn Monaten eine unabhängige katalanische Republik umsetzen zu wollen, von einem surrealen 2016 gesprochen werden. Der konkrete Umsetzungsversuch führte zu einem verrückten 2017 (Jáuregui 2017). Das Jahr 2018 hingegen ist bislang vorwiegend von verschiedenen politischen Blockaden und juristischen Vorgeplänckeln eines sicherlich politisch geprägten Justizprozesses bestimmt.

Regierungsbildung und Aufhebung von Artikel 155

Nach den Wahlen vom 21. Dezember 2017 stellte sich unmittelbar die konkrete Frage, ob und wie ein neuer Präsident und eine neue Regierung gewählt werden können, sodass Artikel 155 nicht mehr zur Anwendung kommt. JxCat und ERC haben die Mehrheit beim Parlamentsvorsitz und wählten zusammen mit der CUP den neuen Parlamentspräsidenten Torrent von ERC. Als minimal stärkere Partei beansprucht aber JxCat das Präsidium.

Anfänglich wurde alles unternommen, um Puigdemont, der sich nach Belgien absetzte, nochmals als katalanischen Präsidenten zu wählen. Dagegen legte sich das oberste spanische Gericht unmissverständlich fest: Ein designierter Präsident muss sich der parlamentarischen Debatte vor Ort stellen und kann beispielsweise nicht per Skype oder aus dem Gefängnis heraus teilnehmen. Puigdemont machte schliesslich selber den Weg für AlternativkandidatInnen frei, indem er mitteilte, er verzichte «vorläufig» auf das Präsidentenamt. Darauf wurde Sánchez, ein inhaftierter pazifistischer Politologieprofessor und Expräsident von ANC, vorgeschlagen. Die spanische Justiz verhinderte dessen Wahl jedoch, indem sie Sánchez keine Erlaubnis zum Verlassen des Gefängnisses erteilte. Die Reihe war nun an Turull. Dieser erhielt an einer eiligst einberufenen Session weder die notwendige absolute noch eine relative Mehrheit, weil sich die CUP gegen ihn aussprach und Stimmenthaltung ausübte. Am darauffolgenden Tag wurden Turull und weitere vier vorgeladene Personen, darunter zwei am Vorabend zurückgetretene Parlamentarierinnen, ebenfalls in Präventivhaft gesetzt. Die zweite Abstimmung über die Präsidentschaft mit relativem Mehr wurde daher durch die spanische Justiz verhindert.

Mitte April 2018 präsentiert sich die politische Konstellation folgendermassen: Der Artikel 155 ist seit beinahe sechs Monaten in Kraft, dennoch konnte kei-

ne neue Regierung gewählt werden. Sieben ExponentInnen des «Procés» halten sich im Ausland auf und neun befinden sich in Präventivhaft, unter Strafandrohung von bis zu 25 Jahren Gefängnis. Gegen dreizehn Personen wurde Anklage wegen Rebellion (in mancherlei Hinsicht mit fragwürdigen Argumenten) erhoben, teilweise verbunden mit Anklagen wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, gegen zwölf besteht lediglich eine Anklage wegen Ungehorsam. Die sich im Ausland befindenden Personen werden mit einem europäischen Haftbefehl verfolgt. Damit soll ein Kreis führender ProtagonistInnen der Unabhängigkeit von der unmittelbaren Gestaltung parlamentarischer Entwicklungen ausgeschlossen werden. Allerdings dürfte es der spanischen Regierung nicht gelungen sein, die Unabhängigkeitsbewegungen zu enthaupen, wie dies in *El País*, einer spanischen Zeitung, eingeschätzt wurde (Noguer 2018).

Mit der Verhaftung von Puigdemont in Deutschland hat sich eine völlig neue Wendung ergeben. Weil er nach Beurteilung der zuständigen deutschen Justizbehörden nicht wegen Rebellion nach Spanien ausgeliefert werden kann, wurde er gegen Kautions vorläufig auf freien Fuss gesetzt; die spanische Justiz musste einen schweren Rückschlag entgegennehmen. Die Justizialisierung eines politischen Konflikts ist zum Teil gescheitert. Ob aber die in juristischen Kreisen ebenfalls höchst umstrittene Präventivhaft für die neun Angeklagten aufgehoben wird, ist im April 2018 noch nicht entschieden. Weil aber auch die anderen sich im Ausland befindenden katalanischen PolitikerInnen bei einer Auslieferung kein Verfahren wegen Rebellion zu gewärtigen haben, müsste dieser Anklagepunkt eigentlich für alle vollständig wegfallen.

Sezession oder linke Alternative

Der politische Katalanismus beschränkte sich längere Zeit darauf, bessere Autonomiebedingungen, spezifische Privilegien und mehr Selbstbestimmung zu erreichen. Doch dieser Nationalismus hat sich radikalisiert und kann heute auf gegen 50 Prozent der Wählenden zählen. Das kann vordergründig mit drei Elementen erklärt werden (siehe Castells 2017): Zum einen führte die ökonomische Krise auch in Katalonien zu höchst dramatischen Auswirkungen, zum anderen wurde das katalanische Autonomiestatut 2010 teilweise annulliert, und drittens spielte das Verhalten der korrupten spanischen PP-Regierung, seit 2011 im Amt, eine wesentliche Rolle. Sie verweigerte auf arrogante Weise den politischen Dialog und verliess sich vornehmlich auf die konservativ geprägten Gerichteinstanzen. Diese Sachverhalte vermochten die nach Unabhängigkeit strebenden Teile der Bevölkerung zu mobilisieren und fallen in Katalonien unter politisch höchst unterschiedlich verorteten Parteien auf fruchtbaren Boden.

Als PSOE-Ministerpräsident Zapatero die ökonomische Krise nicht mehr ignorieren konnte, wechselte er im Mai 2010 auf eine neoliberale Austeritätspolitik.

Mittels Verfassungsänderung drückte er eine Art Schuldenbremse ohne Referendum durch. In Katalonien führte Präsident Mas (CiU) ebenfalls drastische Sparprogramme durch. Als sich die Korruptionsvorwürfe gegen die Familie Pujol und die ehemalige Regierungspartei CiU erhärteten, bot es sich für diese als aussichtsreiche Strategie an, die Spitze der Sezessionsbewegung zu übernehmen, um so von der Korruption in der Partei und den Sparprogrammen abzulenken und Madrid die Verantwortung für alle Unannehmlichkeiten in die Schuhe zu schieben.

Dieser «Procés» zur Unabhängigkeit über die parlamentarische Mehrheit und mit einer zivilgesellschaftlichen Massenbewegung wurde von ständig geschürten Hoffnungen auf eine zukünftig ökonomisch prosperierende, politisch demokratischere und auch in der EU willkommene Republik beflügelt. Populistische Schlagworte wie das seit langem vorgebrachte «Espana nos roba» (Spanien raubt uns aus) oder «Spanien betrügt uns» wie auch – nicht zuletzt nach dem Einsatz der Guardia Civil am 1. Oktober 2017 – «Spanien unterdrückt uns» verfestigten sich in breiten Bevölkerungskreisen. Die Sezession und die Formierung einer unabhängigen Republik überdeckten alles, wurden jedoch mit keinem gemeinsamen transformatorischen Projekt unterlegt, sondern mit immer neuen Versprechen und Hoffnungen versehen. Etwas anders sieht es in verschiedenen Städten und Gemeinden Kataloniens aus, wo linke Koalitionen eine andere Politik verfolgen (siehe Beitrag Kubaczek/Raunig in diesem Heft).

Die Vorstellungen der drei Parteien (antikapitalistische CUP, linksnationalistische ERC, eher konservative Sammelbewegung Junts per Catalunya), die sich für die Unabhängigkeit einsetzen, stimmen in keiner Weise überein. Die vorhandenen Differenzen und Bruchlinien machen sich immer wieder bemerkbar, werden aber auch immer wieder zugeschüttet. Daher gilt es zwischen sozialen Bewegungen und vornehmlich parlamentarisch ausgerichteten Parteien zu unterscheiden. Insbesondere die Komitees zur Verteidigung der Republik (CDR), die politisch der CUP nahestehen, erhalten zurzeit vermehrt Anklang und befinden sich in kontinuierlichem, längerfristig angelegtem Aufbau. Bereits wurden aber mehrere Mitglieder der CDR verhaftet und des Terrorismus sowie der Rebellion beschuldigt, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Da es zurzeit keine Mehrheit in der Bevölkerung für die Sezession gibt, ist ein soziales, demokratisches und hoffentlich ökologisches Transformationsprojekt über eine Abspaltung kaum denkbar, sondern würde sich nur mittels Allianzen und Verbindungen über Grenzen hinweg, also transversal, realisieren lassen. Aus politisch linker Sicht kann der Nationalismus nicht als Ausgangspunkt für tief greifende Veränderungen bestimmt werden. Vielmehr müssten die sozialen Anliegen der ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsgruppen ins Zentrum gestellt werden. Nationalismus ist immer ausschliessend und damit spaltend. Zu realisieren wäre ein Mehr an Demokratie und damit eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Ein solches linkes Projekt müsste von der

Basis und über soziale Bewegungen artikuliert werden. Genau deshalb sind transformatorische Ansätze in Städten oder Gemeinden und eben auch in den Regionen, in Spanien wie in Europa, sehr wichtig. Konsequenterweise sollte es daher nicht um eine katalanische Republik gehen, sondern um eine föderale europäische. Zu diesem Zweck müsste ein mehrheitsfähiges und politisch postnationales Programm entstehen, das integrierend wirkt, den regionalen Gegebenheiten aber Spielraum lässt (siehe Beitrag Sotiris in diesem Heft).

Konsequenzen und Perspektiven

Ob in Katalonien bereits eine neue Phase begonnen hat, kann zurzeit nicht eindeutig beantwortet werden. Der «Procés» als schnelle und unilaterale Unabhängigkeit von Spanien gelangte jedoch an ein Ende – nicht aber der Wunsch nach grundsätzlichen Veränderungen und mehr Demokratie. Die vielen Naivitäten, unausgegorenen Vorschläge und haltlosen Behauptungen, die illusorischen Zusicherungen, Streitigkeiten und die vielen Widersprüche sind gleichsam implodiert. Demzufolge ist die in den letzten Jahren verfolgte Strategie der Sezession gescheitert. Allerdings werden weder die nationalistischen Parteien noch ihre UnterstützerInnen einfach verschwinden. Die juristische Beurteilung und die politische Aufarbeitung der letzten Jahre könnten andererseits weitere Veränderungen im politischen Gefüge Kataloniens bewirken. Weitherum dürfte aber akzeptiert sein, dass sich politische Probleme nicht auf juristische Weise bewältigen lassen.

Es kann angenommen werden, dass in absehbarer Zeit keine katalanische Republik entstehen wird. Diese Vorstellung hat sich auf ein Luftschloss – oder, wie der renommierte Journalist Bassets schrieb, auf eine «*república de aire*» (Bassets 2018) – reduziert. Zudem sind die parteipolitischen Konflikte zu gross, und es fehlt auch an breit akzeptierten Führungspersönlichkeiten, welche die Bereitschaft für neue, konstruktive Dialoge und Verhandlungen fördern könnten. Auf die anstehende Verfassungsreform kann ebenfalls kaum gehofft werden. Sie dürfte nur bescheidene Anpassungen bringen. Insofern scheint die Vision von Borrell, einem Politiker der Sozialisten, für eine föderale Reform des spanischen Staates zurzeit noch weitgehend aussichtslos. Noch viel weiter entfernt ist der Vorschlag einer europäischen Republik (siehe Roth/Papadimitriou 2013; Guérot 2017). Aber sind die Verhältnisse wirklich so starr? Erfahrungsgemäss beschleunigen andauernde Krisen Veränderungen. Es stellt sich aber die Frage, in welche Richtung sie gehen. Vieles weist darauf hin, dass die Instabilität in Spanien andauern wird. Allenfalls werden die kommenden Wahlen von 2020 neue Konstellationen bringen und vielleicht lässt sich dann eine linke Alternative in ganz Spanien konstruieren.

Literatur

- Anderson, Benedict, 1988: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Berlin
- Bassets, Lluís, 2018: República de aire. In: El País, 29.1. politica.elpais.com/politica/2018/01/29/aixo_va_de_democracia_blog_contra_l10/1517219656_651905.html (Abfrage 23.4.2018)
- Borrell, Josep, 2017: Catalan, Español, Europeo. In: Borell, Josep u. a.: Escucha, Cataluña – Escucha, España. Barcelona
- Castells, Manuel, 2017: Ruptura. La crisis de la democracia liberal. Madrid
- Guérot, Ulrike, 2017: Warum Europa eine Republik werden muss. Bonn
- Hau, Matthias vom, 2017: Katalonien. Staatskrise ohne Ende? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/17. Berlin, 13–15
- Jáuregui, Fernando / Quevedo, Federico, 2017: El desengaño. Córdoba
- Macher, Julia, 2017: Katalonien. Kalkulierte Eskalation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/17. Berlin, 11–14
- Mendoza, Eduardo, 2017: Qué está pasando en Cataluña. Barcelona
- Noguer, Miquel, 2018: El Supremo descabeza el «procés». In: El País, 23.3. elpais.com/ccaa/2018/03/23/Catalunya/1521835096_868084.html (Abfrage 25.3.2018)
- Roth, Karl Heinz / Papadimitriou, Zissis, 2013: Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa. Hamburg
- Tamames Gómez, Ramón, 2018: ¿Adónde vas, Cataluña? Barcelona
- Zelik, Raul, 2017: Traktor Katalonien. In: der Freitag, Ausgabe 39, 28.9. www.freitag.de/auto-ren/der-freitag/traktor-katalonien (Abfrage 23.4.2018)

Türkei – Kurdistan

**Ohne freie Presse –
keine Demokratie**

**JournalistInnen kämpfen
für Medienfreiheit**

PC 80-7761-7

SOLIFONDS.CH